



# POLEN-ANALYSEN

[www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)

## DIE EU-KOHÄSIONSPOLITIK IN POLEN

■ ANALYSE	
EU-Kohäsionspolitik: Mittelabruf und Operative Programme in Polen 2004–2006	2
Tomasz Grzegorz Grosse, Warschau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN	
Zahlen und Statistiken zur Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik in Polen	5
■ DOKUMENTATION	
Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015	10
Nationaler Strategischer Bezugsrahmen 2007–2013	11
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 20. November bis zum 03. Dezember 2007	12
<hr/>	
■ LESEHINWEIS	
Das Deutsch-Polnische Magazin DIALOG	13

*Die nächste Ausgabe der Polen-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 15. Januar 2008.  
Die Redaktion der Polen-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes,  
gesundes und erfolgreiches Neues Jahr!*

*Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die  
Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung.*

**Analyse**

## EU-Kohäsionspolitik: Mittelabruf und Operative Programme in Polen 2004–2006

Tomasz Grzegorz Grosse, Warschau

### Zusammenfassung

Mit dem Beitritt zur Europäischen Union (EU) wurde Polen in die EU-Regionalpolitik eingegliedert und somit zum Nutznießer der Strukturfonds, des Kohäsionsfonds und der Gemeinschaftsinitiativen. Die für den Zeitraum 2004–2006 auf Polen entfallene Summe von 12,1 Mrd. Euro wird in Polen mit Hilfe von sieben sogenannten Operativen Programmen umgesetzt. Dabei hat sich der Abruf der EU-Mittel in den letzten Jahren sukzessive verbessert, wenngleich die Umsetzung von Projekten und damit der Mittelabruf aus dem Kohäsionsfonds noch deutlich hinter anderen neuen EU-Mitgliedsländern zurückbleibt. Da die Mittel bis 2008 (Strukturfonds) bzw. 2009 (Kohäsionsfonds) ausgezahlt werden können, scheint ein weitgehender Abruf dennoch wahrscheinlich. Dennoch ist es ratsam, dass die polnische Regierung weitere gesetzliche Maßnahmen ergreift, da Polen im nächsten Finanzrahmen der EU-Regionalpolitik (2007–2013) mit 60 Mrd. Euro fünf Mal so viele Mittel zuerkannt wurden, die auf geeignete Projekte warten.

Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union gab Polen und den anderen neuen Mitgliedsländern aus Ostmitteleuropa die einmalige Chance, Entwicklungen in großem Maßstab anzustoßen. Polen hat sich sorgfältig auf die Teilnahme an der europäischen Kohäsionspolitik vorbereitet. Bevor es Mitglied der Union wurde, nahm es an den so genannten Vorbeitrittsprogrammen teil, die nach dem Muster der Mechanismen der Kohäsionspolitik funktionierten. Darüber hinaus führte Polen 1998 eine Verwaltungsreform durch. Es wurden u.a. 16 selbstverwaltete Woiwodschaften eingerichtet, was die Umsetzung der Regionalprogramme der EU erleichtern sollte. Nach dem EU-Beitritt erhielt Polen die meisten Mittel unter den neuen Mitgliedsländern. In den Jahren 2004–2006 betrug die Summe 12,1 Mrd. Euro und war höher als für Ungarn (3,9 Mrd. Euro), die Tschechische Republik (3,2 Mrd. Euro), Litauen (2 Mrd. Euro) und die Slowakei (1,7 Mrd. Euro) zusammen. Es ist aber auch festzuhalten, dass in der Haushaltsperiode 2000–2006 bedeutend höhere Summen im Rahmen der Kohäsionspolitik in die alten EU-Länder in West- und Südeuropa gelenkt wurden. Zum Beispiel erhielt Spanien 2006 den größten Anteil an Mitteln, die für Strukturprogramme bestimmt waren (5,8 Mrd. Euro, d.h. 17,8 %) und lag damit vor Italien (14 %), Deutschland (13,6 %), Griechenland (11,1 %) und dem Vereinigten Königreich (9,3 %).

### Das Gemeinschaftliche Förderkonzept

Das Kerndokument, das die Tätigkeiten der europäischen Kohäsionspolitik in Polen in der ersten Phase der Mitgliedschaft bestimmte, war das so genannte Gemeinschaftliche Förderkonzept (Community Support

Framework), das Ende 2003 zwischen der Europäischen Kommission und der polnischen Regierung vereinbart worden war. Es wurde in Anlehnung an den polnischen Nationalen Entwicklungsplan für die Jahre 2004–2006 vorbereitet. Das Gemeinschaftliche Förderkonzept 2004–2006 setzt Aktivitäten in vier grundlegende Richtungen (so genannte Entwicklungssachen) um:

1. Entwicklung des Unternehmenssektors sowie Anstieg der Beschäftigung,
2. Entwicklung der Humanressourcen,
3. Erhöhung der Investitionen in die Infrastruktur, verbunden mit Wirtschaftswachstum und steigender Lebensqualität,
4. Verbesserung der Bedingungen für die regionale Entwicklung, darunter Entwicklung der ländlichen Gebiete.

Nach Schätzungen der Ausgaben, die im Rahmen des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts getätigt wurden, wurden 52 % aller Mittel für die grundlegende Infrastruktur bestimmt, und zwar hauptsächlich für Transport und Umweltschutz. Über 23 % des Fonds wurden für die Entwicklung des produzierenden Sektors eingesetzt, u.a. für die Entwicklung des ländlichen Raums und der Landwirtschaft mit über 10 % sowie des Tourismus mit über 3 %. Für die Entwicklung der Humanressourcen wurden ca. 22 % der Finanzmittel bestimmt, aber nur knapp 5 % für Forschung und Entwicklung. Für technische Hilfe und Raumplanung wurden ca. 1 % der Mittel ausgegeben.

Das Gemeinschaftliche Förderkonzept wird aus vier Strukturfonds finanziert, dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen

Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) sowie dem Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAF). Die Aufteilung der Mittel im Rahmen dieser Fonds ist in Polen folgendermaßen:

EFRE	60,9 %	4.652,8 Mio. Euro
ESF	22,9 %	1.748,9 Mio. Euro
EAGFL	13,8 %	1.055 Mio. Euro
FIAF	2,4 %	178,6 Mio. Euro

Mit diesen Mitteln werden die sieben Operativen Programme (s. Tab.1 auf S. 5) mitfinanziert.

### Die Finanzierung der Programme

Die Gesamtsumme der öffentlichen Mittel (Strukturfonds, Kohäsionsfonds, staatliche Mittel), die in die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans 2004–2006 einfließen, beträgt 14.891,5 Mio. Euro. Davon stammen 11.368,6 Mio. Euro, d.h. 76,3 % der Gesamtsumme, aus EU-Mitteln. Diese werden in den Jahren 2004 bis Ende 2008 ausgegeben; im Fall des Kohäsionsfonds sogar bis 2010. Im Jahr 2007 begann die Einlösung eines weiteren Budgets der Kohäsionspolitik für die Jahre 2007–2013. Bisher hatte Polen nur einige operative Programme für 2007–2013 vereinbart; Ende 2007 begannen nun die ersten einleitenden Arbeiten für diese Programme. Wenn man also die Frage der Abrufung der EU-Mittel für Herbst 2007 analysiert, kann man sich allein auf die Programme beziehen, die für die Jahre 2004–2006 vorbereitet worden waren.

Aus dem EU-Anteil von 11.368,6 Mio. Euro für die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans 2004–2006 stammen 7.635,3 Mio. Euro (67,2 %) aus den Strukturfonds (EFRE, ESF, EAGFL, FIAF). Von dieser Summe werden 7.320,7 Mio. Euro für die Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts (die operativen Programme) eingesetzt und 314,6 Mio. Euro für die Gemeinschaftsinitiativen INTERREG und EQUAL.

Für die Verwirklichung der Entwicklungsprogramme, die aus den Strukturfonds mitfinanziert werden, werden aus polnischen öffentlichen Mitteln 2.864,1 Mio. Euro bereitgestellt. Das bedeutet, dass die Gesamtsumme der öffentlichen Mittel für die aus den Strukturfonds mitfinanzierten Programme 10.496,7 Mio. Euro beträgt und sich die Mitfinanzierung seitens der EU auf 72,7 % beläuft.

In der Haushaltsperiode 2004–2006 fließen zusätzlich 3.733,3 Mio. Euro aus den Mitteln des Kohäsionsfonds nach Polen, von denen 50 % für Vorhaben in den Bereichen Transport und Infrastruktur des Umweltschutzes bestimmt sind. In die Verwirklichung von Projekten, die vom

Kohäsionsfonds mitfinanziert werden, gehen insgesamt ca. 661,5 Mio. Euro aus polnischen öffentlichen Mitteln ein. Die Gesamtsumme der öffentlichen Mittel für die Umsetzung der Projekte des Kohäsionsfonds beträgt also 4.394,8 Mio. Euro und die Höhe der Zufinanzierung aus EU-Mitteln 84,9 %.

Neben den öffentlichen Mitteln für die Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans 2004–2006 gibt es auch private Mittel. Der Gesamtwert der privaten Beiträge beläuft sich schätzungsweise auf 1.818 Mio. Euro, was die Gesamtsumme der beteiligten Mittel zur Umsetzung des Nationalen Entwicklungsplans auf 16.709,5 Mio. Euro erhöht. Nach Schätzungen verteilen sich die EU-Mittel (11.368,6 Mio. Euro) für die Umsetzung der Ziele der Strukturpolitik in Polen 2004–2006 auf:

- Strukturfonds: insgesamt 67,2 % (7.635,3 Mio. Euro)
- Kohäsionsfonds: insgesamt 32,8 % (3.733,3 Mio. Euro)

In den einzelnen operativen Programmen, die das Gemeinschaftliche Förderkonzept umsetzen, verteilen sich die Mittel aus den Strukturfonds (7.320,7 Mio. Euro) folgendermaßen:

Programm	% der Gesamt- mittel	Mio. Euro
SOP »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft«	17,8	1.300,0
SOP »Entwicklung der Humanressourcen«	17,3	1.270,4
SOP »Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelbranche und Förderung der ländlichen Entwicklung«	14,4	1.055,0
SOP »Förderung der Fischerei u. Fischverarbeitung«	2,4	178,6
SOP »Förderung des Transports und der Meereswirtschaft«	8,6	627,2
IOP für regionale Entwicklung	39,2	2.869,5
OP »Technische Hilfe«	0,3	20,0

SOP – Sektorales Operatives Programm

IOP – Integriertes Operatives Programm

OP – Operatives Programm

Für die Verwirklichung der Programme des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts wurden insgesamt

4,1 % der Gesamtmittel der Strukturfonds vorgehen.

Polen hat seit dem 1. Januar 2004 das formale Recht, Mittel aus dem Kohäsionsfonds der Europäischen Union abzurufen (obwohl der Beitritt zur EU erst am 1. Mai 2004 erfolgte). Allerdings verursachten Verzögerungen bei der Vorbereitung der administrativen Strukturen und die langen Bewilligungsprozeduren der Europäischen Union für die polnischen Programme ernsthafte Verzögerungen bei der Umsetzung des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts 2004–2006. In Abhängigkeit vom Programm kann dies bis zu anderthalb Jahre dauern.

Im September 2007 (dies sind die aktuellsten Daten aus dem Ministerium für Regionale Entwicklung) erhielten die Empfänger der Operativen Programme, die aus den Strukturfonds der EU kofinanziert werden, auf dem Weg der Refinanzierung fast 950,6 Mio. Zloty (ca. 250,1 Mio. Euro) aus den entsprechenden Budgets. Damit stieg die Auszahlungssumme an die Empfänger seit Beginn der Umsetzung der Kohäsionspolitik in Polen auf über 18,72 Mrd. Zloty, was 56,97 % der für die Jahre 2004–2006 verfügbaren Allokation bedeutet. Das Tempo des Abrufs der EU-Mittel steigt systematisch von Monat zu Monat. Nach Einschätzung der polnischen Regierung besteht kein größeres Risiko, die EU-Mittel innerhalb des von der EU geregelten zeitlichen Rahmens zu nutzen, insbesondere was die Strukturfonds betrifft.

Laut Stand von Ende September 2007 für die Operativen Programme überstieg der Wert der beantragten Unterstützung bereits 100 % der Allokation aus den Strukturfonds für die Jahre 2004–2006. Der Gesamtwert der formal korrekt eingereichten Anträge von Beginn der Aktivierung dieser Programme an betrug Ende September 2007 über 72,92 Mrd. Zloty, was 221,9 % der Allokation für die Jahre 2004–2006 bedeutet. Im September 2007 wurden mit den Empfängern Verträge über die Projektzufinanzierung aus den Mitteln der EU-Strukturfonds über einen Wert von über 485 Mio. Zloty unterschrieben. Damit stieg die Gesamtsumme der vertraglich gebundenen Mittel Ende September 2007 auf über 32,5 Mrd. Zloty, was 98,8 % der Polen zugänglichen Allokation für die Jahre 2004–2006 ist.

### Unterschiedlich genutzte Programme

Die größte Refinanzierung aus den programmgebundenen Budgets gab es für die Empfänger im Rahmen der folgenden drei Programme: des Integrierten Operativen Programms für regionale Entwicklung (64,5 % der zugänglichen Allokation), des Sektoralen Operativen Programms »Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelbranche und Förderung der ländlichen Ent-

wicklung« (63,8 % der Allokation) sowie des Sektoralen Operativen Programms »Entwicklung der Humanressourcen« (57,7 %). Das niedrigste Auszahlungsniveau lag im September 2007 im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative INTERREG IIIA vor (37,1 %). Diese Ergebnisse weisen auf eine sehr starke Mobilisierung der regionalen und lokalen Selbstverwaltungen hin, die an der Einführung des Operativen Programms für regionale Entwicklung teilnehmen. Darüber hinaus ist dies ein indirekter Beweis für die Wirksamkeit der Verwaltungsreformen in Polen in den 1990er Jahren, die die lokalen und regionalen Selbstverwaltungen eingeführt hatten. Interessant ist außerdem, dass in der folgenden Haushaltsperiode der Kohäsionspolitik (2007–2013) 16 Regionalprogramme (eins in jeder Woiwodschaft) eingeführt wurden, die jeweils von den regionalen Selbstverwaltungen bewirtschaftet werden. Am schwächsten werden Programme zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit realisiert, wobei eine Reihe von Verzögerungen durch die polnischen Partner verursacht wird. Das betrifft insbesondere die Kooperation an der östlichen Grenze. Beispielsweise wurden im Rahmen der in Zusammenarbeit mit Litauen und Russland umgesetzten Priorität nur ca. 18 % der Mittel genutzt. Zum Vergleich: Die Priorität an der polnisch-slowakischen Grenze wurde mit über 71 % der Mittel umgesetzt.

Im Vergleich zu den Aufwendungen der Strukturfonds verläuft die Umsetzung von Projekten im Rahmen des Kohäsionsfonds, d.h. von großen Investitionen in die Infrastruktur von Transport und Umweltschutz, wesentlich schlechter. Nach den Daten der Europäischen Kommission\* wurden von den vorgesehenen Mitteln nur 676 Mio. Euro, das sind ca. 16 %, ausgegeben. Dies ist das schlechteste Ergebnis der Mittelabrufung unter den neuen EU-Mitgliedsländern. Zum Beispiel nutzte Malta bisher 49 % der Mittel dieses Fonds, die Slowakei 32 %, Tschechien 30 % und Ungarn 23 %. Verzögerungen bei der Auszahlung der genannten Fonds sind hauptsächlich auf die komplizierten Ausschreibungsprozeduren zurückzuführen. Diese verursachen u.a., dass die investiven Arbeiten aufgrund der Absagen von zahlreichen Unternehmen, die im Ausschreibungsverfahren abgelehnt worden sind, nicht begonnen werden können. Darüber hinaus wären die Schwierigkeiten, Grund zu erwerben sowie die schnell steigenden Investitionskosten (steigende Preise für Baumaterial und Arbeitskosten) zu nennen. Ein weiteres Problem stellt der Markt an qualifizierten Arbeitnehmern dar (in den letzten zwei Jahren sind fast 2 Mio. Menschen aus Polen emigriert).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Polen keine größeren Gefahren für die Ausschöpfung

\* EU Budget Financial Report, European Commission, Brussels 2007

der Strukturfonds (EFRE, ESF, EAGFL und FIAF) bestehen, die für den Zeitraum 2004–2006 vorgesehen sind und bis Ende 2008 ausgezahlt werden. Allerdings ist der Verlust finanzieller Mittel aus dem Kohäsionsfonds möglich, deren Abrufung bisher sehr schleppend verläuft. Hier gibt es aber die Möglichkeit, die Mittel bis Ende 2009 auszahlend, was die Nutzung des Fonds verbessern könnte. Von Bedeutung ist auch, dass das Niveau der Umsetzung von EU-Programmen in der Anfangsphase am niedrigsten war, später aber systematisch gestiegen ist. Darüber hinaus traf die polnische Regierung in der letzten Zeit eine Reihe legislativer und organisatorischer Entscheidungen, um die Ausschöpfung der EU-Mittel zu erleichtern.

Als gewisses Problem könnte sich erweisen, die für die Zeitspanne 2007–2013 erarbeiteten Programme praktisch umzusetzen. Im Rahmen der Kohäsionspolitik erhielt Polen für diesen Zeitraum die Möglichkeit, fast 60 Mrd. Euro zu investieren, also fünf Mal mehr als in den Jahren 2004–2006. Das bedeutet, dass die polnische Regierung in den nächsten Monaten versuchen wird, die Verspätungen aufzuholen und die Mittel für 2004–2006 zu nutzen. Gleichzeitig beginnen die Vertragsabschlüsse und die Auszahlung bedeutend größerer Fonds für die nächste Phase der Kohäsionspolitik.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Über den Autor*

Dr. Tomasz Grzegorz Grosse ist am Instytut Spraw Publicznych (Institut für Öffentliche Angelegenheiten), Warschau, Experte insbesondere für die Kohäsionspolitik der Europäischen Union und die Bewirtschaftung öffentlicher Mittel in den neuen Mitgliedsländern. Sein zuletzt erschienenes Buch »Innowacyjna gospodarka na peryferiach?« (Innovative Wirtschaft an der Peripherie?), 2007, befasst sich u.a. mit den Möglichkeiten, Entwicklungen in den schwächer ausgebildeten und peripheren Regionen in Europa zu initiieren.

**Tabellen und Grafiken**

**Zahlen und Statistiken zur Umsetzung der EU-Kohäsionspolitik in Polen**

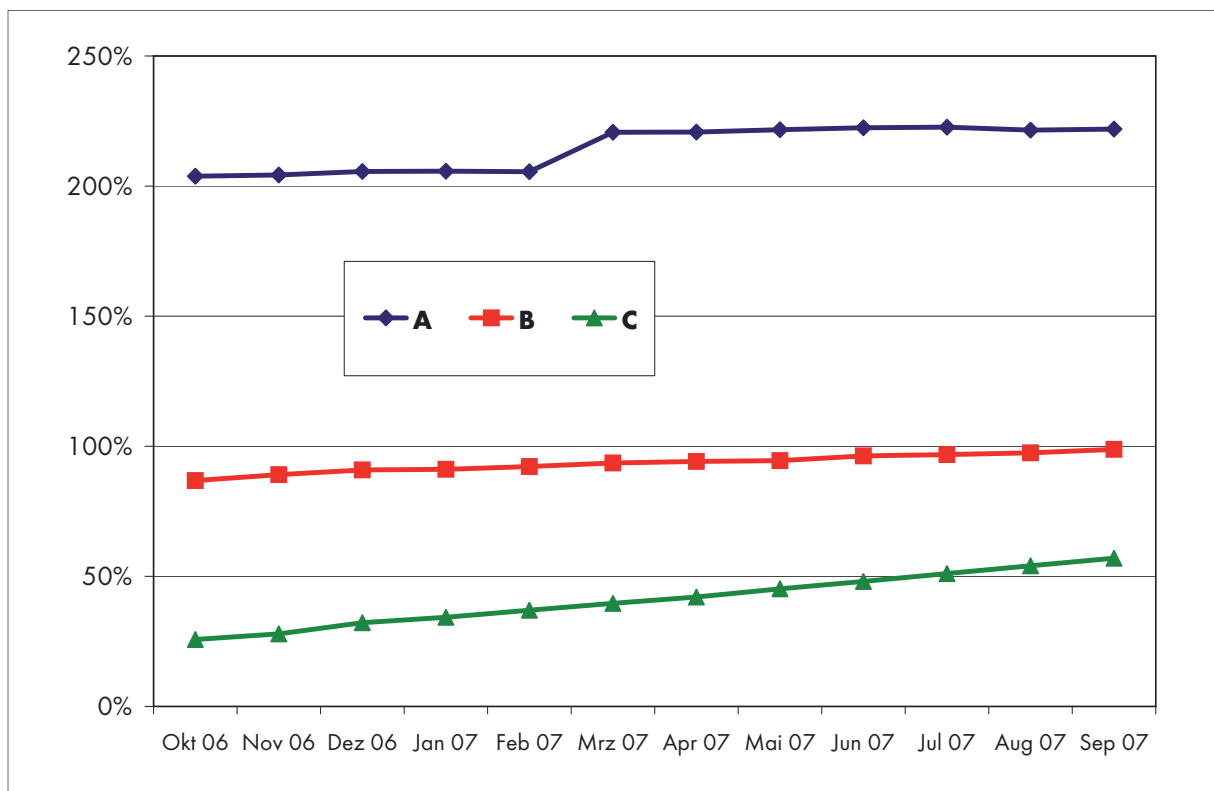
**Tabelle 1: Entwicklungsachsen des Gemeinschaftlichen Förderkonzepts sowie deren Umsetzungsinstrumente**

Entwicklungsachsen	Umsetzungsinstrumente – Gemeinschaftliches Förderkonzept
Entwicklung des Unternehmenssektors sowie Anstieg der Beschäftigung	SOP »Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft«, Ministerium für Wirtschaft
Entwicklung der Humanressourcen	SOP »Entwicklung der Humanressourcen«, Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik
Anstieg der Investitionen im Bereich Infrastruktur verbunden mit Wirtschaftswachstum und Steigerung der Lebensqualität	SOP Transport, Ministerium für Infrastruktur
Verbesserung der Bedingungen für die regionale Entwicklung, darin Entwicklung der ländlichen Gebiete	IOP für regionale Entwicklung, Ministerium für Regionale Entwicklung / SOP Operatives Programm »Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelbranche und Förderung der ländlichen Entwicklung«, Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung / SOP »Förderung der Fischerei und Fischverarbeitung«, Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung / OP Technische Hilfe, Ministerium für Regionale Entwicklung

SOP – Sektorales Operatives Programm  
IOP – Integriertes Operatives Programm  
OP – Operatives Programm  
Quelle: Tomasz Grzegorz Grosse



Der Wert der eingereichten Anträge, unterschriebenen Verträge und getätigten Zahlungen aus den Strukturfonds im Rahmen der Operativen Programme sowie der Gemeinschaftsinitiativen EQUAL und INTERREG IIIA (Stand: Ende Sept. 2007)



	Okt. 2006	Nov. 2006	Dez. 2006	Jan. 2007	Feb. 2007	März 2007	April 2007	Mai 2007	Juni 2007	Juli 2007	Aug. 2007	Sept. 2007
<b>A</b>	203,79%	204,26%	205,62%	205,71%	205,52%	220,68%	220,75%	221,66%	222,41%	222,67%	221,51%	221,90%
<b>B</b>	86,82%	89,10%	90,89%	91,13%	92,19%	93,59%	94,17%	94,49%	96,28%	96,80%	97,47%	98,83%
<b>C</b>	25,73%	27,90%	32,19%	34,29%	37,00%	39,61%	42,07%	45,23%	48,06%	51,09%	54,08%	56,97%

zugrunde liegender Kurs: 1 Euro = 3,8271 Zloty

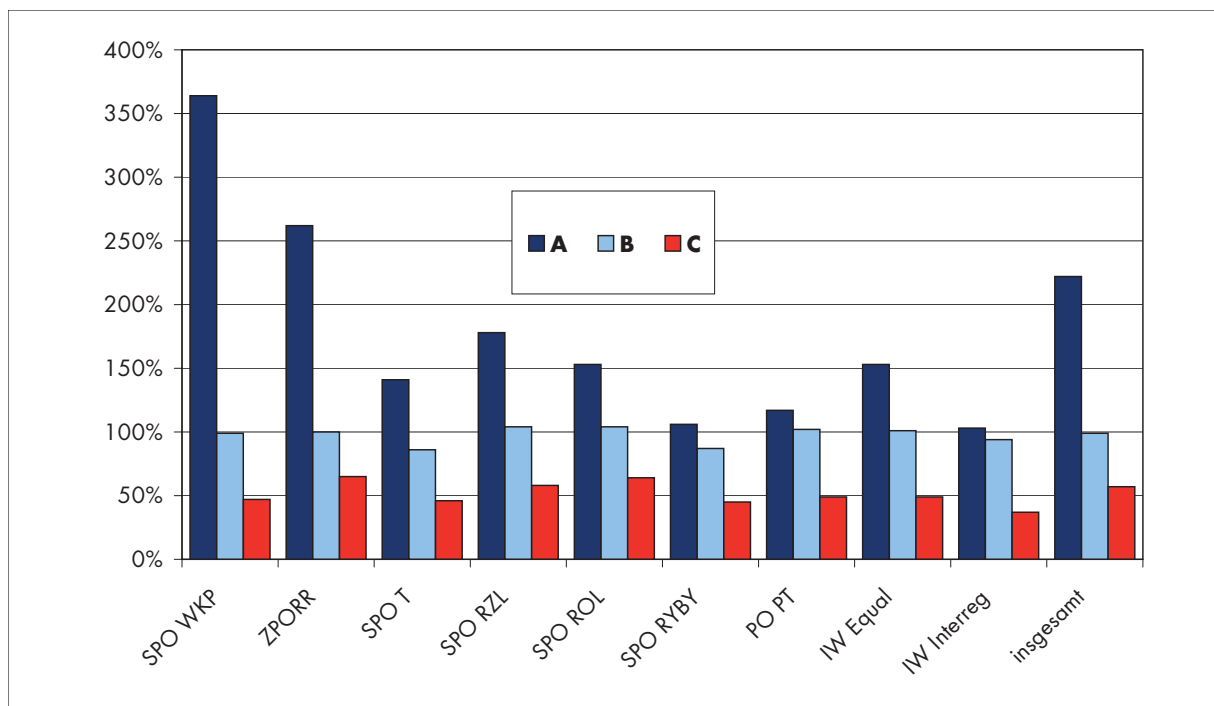
**A** Wert der eingereichten Anträge seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für den Programmzeitraum 2004–2006

**B** Wert der unterschriebenen Verträge über Zufinanzierung seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für den Programmzeitraum 2004–2006

**C** Wert der getätigten Zahlungen aus den Programmbudgets seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für den Programmzeitraum 2004–2006

Quelle: Ministerstwo Rozwoju Regionalnego [Ministerium für Regionale Entwicklung]: Informacja o stanie realizacji programów operacyjnych współfinansowanych z funduszy strukturalnych UE (w okresie od 1 lipca do 30 września 2007r.) [Information über den Stand der Umsetzung der aus den Strukturfonds mitfinanzierten Operativen Programme (in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 2007)]. 09/2007; [www.mrr.gov.pl](http://www.mrr.gov.pl)

Der Wert der eingereichten Anträge, unterschriebenen Verträge und getätigten Zahlungen aus den Strukturfonds bezogen auf die Operativen Programme und die Gemeinschaftsinitiativen EQUAL und INTERREG IIIA in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für 2004–2006 (Stand: Ende Sept. 2007)



	SPO WKP	ZPORR	SPO T	SPO RZL	SPO ROL	SPO RYBY	PO PT	IW Equal	IW Interreg	insgesamt
A	364 %	262 %	141 %	178 %	153 %	106 %	117 %	153 %	103 %	222 %
B	99 %	100 %	86 %	104 %	104 %	87 %	102 %	101 %	94 %	99 %
C	47 %	65 %	46 %	58 %	64 %	45 %	49 %	49 %	37 %	57 %

Zugrunde liegender Kurs: 1 Euro = 3,8271 Zloty

**A:** Wert der eingereichten Anträge seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für 2004–2006

**B:** Wert der unterschriebenen Verträge über Zufinanzierung seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für 2004–2006

**C:** Wert der getätigten Zahlungen aus den Programmbudgets seit Beginn der Programme in Prozent der mit der EU festgelegten Gesamtsumme für 2004–2006

**SPO WKP** – Sektorowy Program Operacyjny Wzrost Konkurencyjności Przedsiębiorstw: Sektorales Operatives Programm »Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft«

**ZPORR** – Zintegrowany Program Operacyjny Rozwoju Regionalnego: Integriertes Operatives Programm für regionale Entwicklung

**SPO T (transport)** – Sektorowy Program Operacyjny Transport: Sektorales Operatives Programm »Transport«

**SPO RZL** – Sektorowy Program Operacyjny Rozwój Zasobów Ludzkich: Sektorales Operatives Programm »Humanressourcen«

**SPO ROL** – Sektorowy Program Operacyjny Restrukturyzacja i modernizacja sektora żywnościowego i rozwój obszarów wiejskich: Sektorales Operatives Programm »Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelbranche und Entwicklung der ländlichen Gebiete«

**SPO RYBY** – Sektorowy Program Operacyjny Rybołówstwo i Przetwórstwo Ryb: Sektorales Operatives Programm »Förderung der Fischerei und Fischverarbeitung«

**PO PT** – Program Operacyjny Pomoc techniczna – Operatives Programm »Technische Hilfe«

**IW Equal** – Inicjatywa Wspólnotowa Equal: Gemeinschaftsinitiative Equal

**IW Interreg** – Inicjatywa Wspólnotowa Interreg: Gemeinschaftsinitiative Interreg

Quelle: Ministerstwo Rozwoju Regionalnego [Ministerium für Regionale Entwicklung]: Informacja o stanie realizacji programów operacyjnych współfinansowanych z funduszy strukturalnych UE (w okresie od 1 lipca do 30 września 2007r.) [Information über den Stand der Umsetzung der aus den Strukturfonds mitfinanzierten Operativen Programme (in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 2007)]. 09/2007; [www.mrr.gov.pl](http://www.mrr.gov.pl)

Anzahl und Wert der Anträge auf Refinanzierung, die der Europäischen Kommission im Rahmen der genannten Programme durch die auszahlende Institution übermittelt wurden (Stand: Sept. 2007)

Programm	Anzahl der eingereichten Anträge		Wert der eingereichten Anträge (in Euro)		Wert der eingereichten Anträge in % der Gesamtsumme 2004–2006	Wert der Zahlung der Europäischen Kommission	Wert der Refinanzierung der Europäischen Kommission (Euro)		Wert d. Refinanzierung v. der Europäischen Kommission in % der Gesamtsumme 2004–2006
	insgesamt	Sept. 07	insgesamt	3. Quartal 2007			insgesamt	3. Quartal 2007	
ZPORR	14	1	1 411 248 178	155 454 110	55,78	404 800 197	1 329 596 542	152 788 827	52,55
SPO WKP	16	2	540 247 864	155 533 737	43,18	200 175 747	410 972 590	35 204 510	32,85
SPO Transport	13	1	432 261 284	155 268 314	37,16	186 141 514	431 366 539	172 545 741	37,08
PO PT	15	1	12 129 541	1 178 336	42,85	4 528 714	12 057 507	1 191 818	42,60
Polen – Mecklenburg-Vorpommern – Brandenburg	6	0	6 037 460	0	20,16	0	2 958 229	0	9,88
Polen – Brandenburg	5	0	8 951 827	0	29,79	0	8 951 781	0	29,79
Sachsen – Woi. Niederschlesien	11	1	6 811 308	851 541	25,60	0	5 959 392	1 455 300	22,39
Polen – Slowakei	8	0	8 218 131	1 190 679	78,26	1 760 151	8 218 130	2 826 779	78,26
Tschechien – Polen	4	0	4 508 770	0	25,04	2 880 471	2 732 453	0	15,18
Litauen – Polen – Oblast Kaliningrad Russ. Föderation	3	0	3 224 286	0	13,34	2 630 242	3 224 286	557 132	13,34
Polen – Belarus – Ukraine	9	1	13 269 474	1 106 453	35,09	6 051 019	12 163 021	1 105 153	32,16
<b>insges. IW Interreg</b>	<b>46</b>	<b>2</b>	<b>51 021 256</b>	<b>3 148 673</b>	<b>28,81</b>	<b>13 321 883</b>	<b>44 207 292</b>	<b>5 944 363</b>	<b>24,96</b>
<b>insges. ERDF</b>	<b>104</b>	<b>7</b>	<b>2 446 908 123</b>	<b>470 583 170</b>	<b>47,51</b>	<b>808 968 055</b>	<b>2 228 200 470</b>	<b>367 675 260</b>	<b>43,27</b>
ZPORR	13	0	145 840 527	57 284 342	33,26	70 155 126	116 748 280	30 335 540	26,63
SPO RZL	13	1	719 781 642	165 786 620	48,96	235 205 315	648 886 244	169 091 641	44,14
IW Equal	12	1	52 865 673	15 412 655	39,47	21 430 113	45 723 822	19 426 132	34,14
<b>insges. ESF</b>	<b>38</b>	<b>2</b>	<b>918 487 842</b>	<b>238 483 617</b>	<b>44,97</b>	<b>326 790 554</b>	<b>811 358 346</b>	<b>218 853 313</b>	<b>39,72</b>
SPO ROLNY	17	0	685 840 857	94 778 459	57,50	190 830 278	660 131 350	153 980 045	55,35



Anzahl und Wert der Anträge auf Refinanzierung, die der Europäischen Kommission im Rahmen der genannten Programme durch die auszahlende Institution übermittelt wurden (Stand: Sept. 2007)

Programm	Anzahl der eingereichten Anträge		Wert der eingereichten Anträge (in Euro)		Wert der eingereichten Anträge in % der Gesamtsumme 2004–2006	Wert der Zahlung der Europäischen Kommission	Wert der Refinanzierung der Europäischen Kommission (Euro)		Wert d. Refinanzierung v. der Europäischen Kommission in % der Gesamtsumme 2004–2006
	insgesamt	Sept. 07	insgesamt	3. Quartal 2007			insgesamt	3. Quartal 2007	
insges. EAGGF	17	0	685 840 857	94 778 459	57,50	190 830 278	660 131 350	153 980 045	55,35
SPO RYBY	6	0	66 532 875	0	32,96	32 293 130	59 290 587	0	29,38
insges. FIGG	6	0	66 532 875	0	32,96	32 293 130	59 290 587	0	29,38
insges.	165	9	4 117 769 698	803 845 245	47,95	1 358 882 017	3 758 980 753	740 508 618	43,78

**ZPORR** – Zintegrowany Program Operacyjny Rozwoju Regionalnego: Integriertes Operatives Programm für regionale Entwicklung

**SPO WKP** – Sektorowy Program Operacyjny Wzrost Konkurencyjności Przedsiębiorstw: Sektorales Operatives Programm »Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft«

**SPO Transport** – Sektorowy Program Operacyjny Transport: Sektorales Operatives Programm »Transport«

**POPT** – Program Operacyjny Pomoc Techniczna: Operatives Programm »Technische Hilfe«

**IW Interreg** – Inicjatywa Wspólnotowa Interreg: Gemeinschaftsinitiative Interreg

**ERDF** - European Regional Development Funds: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

**SPO RZL** – Sektorowy Program Operacyjny Rozwój Zasobów Ludzkich: Sektorales Operatives Programm »Humanressourcen«

**IW Equal** – Inicjatywa Wspólnotowa Equal: Gemeinschaftsinitiative Equal

**ESF** – European Social Fund: Europäischer Sozialfonds

**SPO ROLNY** – Sektorowy Program Operacyjny Restrukturyzacja i modernizacja sektora żywnościowego i rozwój obszarów wiejskich: Sektorales Operatives Programm »Restrukturierung und Modernisierung der Lebensmittelbranche und Entwicklung der ländlichen Gebiete«

**EAGGF** – European Agricultural Guidance and Guarantee Fund: Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft

**SPO RYBY** – Sektorowy Program Operacyjny Rybołówstwo i Przetwórstwo Ryb: Sektorales Operatives Programm »Förderung der Fischerei und Fischverarbeitung«

**FIGG** –Financial Instrument for Fisheries Guidance: Europäischer Fonds für die Ausrichtung der Fischerei

**Quelle:** Ministerstwo Rozwoju Regionalnego [Ministerium für Regionale Entwicklung]: Informacja o stanie realizacji programów operacyjnych współfinansowanych z funduszy strukturalnych UE (w okresie od 1 lipca do 30 września 2007r.) [Information über den Stand der Umsetzung der aus den Strukturfonds mitfinanzierten Operativen Programme (in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September 2007)]. 09/2007; [www.mrr.gov.pl](http://www.mrr.gov.pl)

## Dokumentation

### Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015

vorgelegt vom Minister für Regionale Entwicklung, 27.06. 2006,  
[verabschiedet vom Ministerrat am 27.06. 2006, Anm. d. Übers.]

Die *Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015* (Strategia Rozwoju Kraju 2007–2015) ist die Vision der Regierung für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Polens und einer Verbesserung des Lebensniveaus und der Lebensqualität der Einwohner. Diese Strategie sieht eine grundlegende Modernisierung des Landes vor. Die Bedingung, dieses Ziel zu erreichen, ist eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung, die Rationalisierung der öffentlichen Ausgaben und die Veränderung der ökonomischen Prinzipien in der Weise, dass die wirtschaftliche Tätigkeit einfacher und kostengünstiger wird. Dank dessen wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt verbessern, wobei der Beschäftigungsanstieg und die Begrenzung der Arbeitslosigkeit zu den Hauptzielen der *Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015* gehören. Die Strategie berücksichtigt auch den Anstieg von Löhnen und Gehältern und der Kaufkraft, den leichteren Zugang zur Bildung, die Verbesserung des gesundheitlichen Zustands der Polen sowie ihrer Sicherheit.

Der größte Teil der Mittel zur Umsetzung der Strategie, und zwar 72 Mrd. Euro, stammt aus der Europäischen Union, u.a. aus den Strukturfonds. 16 Mrd. Euro werden aus öffentlichen Mitteln eingesetzt (Kofinanzierung), darunter 11 Mrd. Euro aus dem Staatsbudget und ca. 4 Mrd. Euro aus den Budgets der Selbstverwaltungen. Der Rest der Summe ist ein privater Beitrag, z.B. als Investitionen von Firmen. Die endgültige Höhe aller Anteile der *Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015* hängt von der Umsetzung des *Nationalen Entwicklungsplans 2004–2006* ab.

Die *Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015* setzt auf:

- den Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit und auf wirtschaftliche Innovation, u.a. durch Vereinfachung des Rechts und der administrativen Prozeduren, Verminderung der Kosten wirtschaftlicher Tätigkeit, einfachen Zugang zu modernen Technologien und zum Kapital, Schutz der Konkurrenz, Entwicklung des Dienstleistungssektors, Restrukturierung u.a. des Bergbaus, Hüttenwesens und der Werftindustrie sowie Modernisierung der Fischerei und Fischverarbeitung.
- die Verbesserung der Transport-, IT- und Energie-Infrastruktur, aber auch der Bildungsinfrastruktur, Verbesserung des Gesundheitsschutzes und der Sozialsysteme.
- den Anstieg und die qualitative Verbesserung der Anstellungsverhältnisse, u.a. durch die Verringerung der Belastungen für den Arbeitgeber, Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, Anstieg der Mobilität der Arbeitnehmer, Anpassung von Bildungsangeboten an die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes, Verbesserung der Arbeitssicherheit und der Arbeitsbedingungen.
- die Verbesserung der gesellschaftlichen Sicherheit und Integration, u.a. durch Bekämpfung der Korruption, Verbesserung der Verwaltung, Aufbau eines effektiven Systems zur Rettung und zum Schutz der Bevölkerung sowie zur Krisenbewältigung, Beförderung einer aktiven Gesellschafts- und Familienpolitik.
- die Entwicklung der ländlichen Gebiete, die durch Verbesserung der technischen und sozialen Infrastruktur auf dem Land erreicht werden wird, berufliche Aktivierung der Bevölkerung, Unterstützung des Unternehmertums sowie Anstieg der Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe.
- regionale Entwicklung und Anhebung der territorialen Kohäsion durch den Anstieg der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der polnischen Regionen, Angleichung der Entwicklungschancen der ländlichen, postindustriellen und Grenzgebiete. Die Strategie stellt einen Entwicklungsplan für die einzelnen Woiwodschaften auf.

Die *Strategie zur Entwicklung des Landes* ist ein grundlegendes und übergeordnetes programmatisches Dokument zur gesellschaftlich-wirtschaftlichen Entwicklung Polens. Es ist der erste komplexe Plan, der nicht nur Handlungsvorschläge beinhaltet, sondern auch Mittel zu ihrer Umsetzung.

[...]

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Quelle: *Strategia Rozwoju Kraju 2007–2015, przedłożona przez ministra rozwoju regionalnego [Strategie zur Entwicklung des Landes 2007–2015, vorgelegt vom Minister für Regionale Entwicklung], [www.kprm.gov.pl](http://www.kprm.gov.pl) [Kancelaria Prezesa Rady Ministrów – Kanzlei des Vorsitzenden des Ministerrats]*

## Das Ministerium für Regionale Entwicklung:

### »Der Nationale Strategische Bezugsrahmen 2007–2013 zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung«

#### Einleitung

Polen, das im Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten ist, hat sich der Umsetzung einer der wichtigeren politischen Praktiken der Gemeinschaft – der Kohäsionspolitik – angeschlossen, die zum Ziel hat, die harmonische Entwicklung des gesamten Gebiets der EU-25 durch Aktivitäten zu befördern, die zur Verringerung der Disproportionen im Entwicklungsniveau dieser Regionen und umgekehrt zur Stärkung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und territorialen Kohäsion der Gemeinschaft führen. Dank einer entsprechenden Lenkung der Aktivitäten, die im Rahmen der Kohäsionspolitik mit der finanziellen Unterstützung der Strukturfonds und des Kohäsionsfonds umgesetzt werden, hat Polen die Chance, den Entwicklungsrückstand aufzuholen sowie die Prozesse, die auf Konvergenz mit den anderen Regionen und Ländern der Gemeinschaft zielen, bedeutend zu beschleunigen.

Auf der Grundlage der EU-Richtlinien, die die Hauptziele der Kohäsionspolitik bestimmen, und unter Berücksichtigung der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Situation Polens wurde der Nationale Strategische Bezugsrahmen für die Jahre 2007–2013 (Narodowe Strategiczne Ramy Odniesienia – NSRO) vorbereitet, der das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung unterstützt. Das Dokument bestimmt die Richtungen, in denen Unterstützung aus den finanziellen Mitteln der EU im Zeitraum der nächsten sieben Jahre im Rahmen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), des Europäischen Sozialfonds (ESF) sowie des Kohäsionsfonds gewährt wird. Der Nationale Strategische Bezugsrahmen ist ein Bezugsinstrument für die Vorbereitung operativer Programme und berücksichtigt dabei gleichzeitig die Festlegungen der Strategie zur Entwicklung des Landes für die Jahre 2007–2015 (Strategia Rozwoju Kraju – SRK)\* sowie des Landesreformprogramms für die Jahre 2005–2008 (Krajowy Program Reform – KPR)\*\*, das auf die Herausforderungen der Lissabon Strategie antwortet.

Der Nationale Strategische Bezugsrahmen [...] legt eine Analyse der gesellschaftlich-wirtschaftlichen Situation des Landes und seiner Regionen vor, formuliert die wichtigsten Herausforderungen des Landes im Hinblick auf die nächsten Jahre, benennt die Ziele, die eine gesellschaftlich-wirtschaftliche und territoriale Kohäsion mit den anderen Ländern und Regionen der Gemeinschaft zu erreichen anstreben, und präsentiert die Allokation der finanziellen Mittel für die einzelnen Programme sowie den Rahmen der Umsetzung. Darüber hinaus werden die operativen Programme beschrieben, die die im Nationalen Strategischen Bezugsrahmen gesetzten Ziele realisieren.

*\* Die Strategie zur Entwicklung des Landes, verabschiedet vom Ministerrat am 27.06.2006, ist das grundlegende Dokument, das die Ziele der Entwicklungspolitik in Polen in den Jahren 2007–2015 beschreibt.*

*\*\* Das Landesreformprogramm, verabschiedet vom Ministerrat am 28.12. 2005, legt kurzfristige Ziele der Wachstums- und Beschäftigungspolitik und Mittel zu deren Umsetzung fest, die im Rahmen der erneuerten Lissabon Strategie formuliert wurden.*

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

*Quelle: Ministerstwo Rozwoju Regionalnego [Ministerium für Regionale Entwicklung]: Polska. Narodowe Strategiczne Ramy Odniesienia 2007–2013 wspierające wzrost gospodarczy i zatrudnienie. Narodowa Strategia Spójności. Dokument zaakceptowany decyzją Komisji Europejskiej zatwierdzającą pewne elementy Narodowych Strategicznych Ram Odniesienia [Polen. Der Nationale Strategische Bezugsrahmen 2007–2013 zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums und der Beschäftigung. Die Nationale Kohäsionsstrategie. Kraft Entscheidung der Europäischen Kommission, die diverse Elemente des Nationalen Strategischen Bezugsrahmens bestätigt, akzeptiertes Dokument]. Warszawa, 05 / 2007, [www.mrr.gov.pl](http://www.mrr.gov.pl).*

#### Operative Programme 2007–2013

- Infrastruktur und Umwelt
- Innovative Wirtschaft
- Humankapital
- Entwicklung Ostpolens
- Technische Hilfe
- Europäische Territoriale Zusammenarbeit
- Regionale Operative Programme

*Quelle: Ministerstwo Rozwoju Regionalnego [Ministerium für Regionale Entwicklung], [www.mrr.gov.pl](http://www.mrr.gov.pl)*

**Chronik**
**Vom 20. November bis zum 03. Dezember 2007**

20.11.2007	Der Vorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) des Bezirks Warschau, Maciej Węćkowski, reicht beim Parteivorsitzenden von PiS, Jarosław Kaczyński, seinen Rücktritt ein. Er übernimmt damit die politische Verantwortung dafür, dass im Bezirk Warschau vor den Sejm- und Senatswahlen nicht ausreichend Unterschriften für die Kandidatur des ehemaligen Ministerpräsidenten Jan Olszewski für den Senat gesammelt worden waren.
21.11.2007	Ministerpräsident Donald Tusk beruft den ehemaligen Außenminister Władysław Bartoszewski zum Staatssekretär in der Kanzlei des Ministerpräsidenten. Bartoszewski wird Berater in außenpolitischen Angelegenheiten und Beauftragter für die polnisch-deutschen Beziehungen.
21.11.2007	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass er gemeinsam mit Staatspräsident Lech Kaczyński im Dezember zum EU-Gipfel nach Lissabon fahren werde. Den EU-Änderungsvertrag werde er selbst unterschreiben, während die Unterschrift des Staatspräsidenten zur Ratifizierung des Vertrags in Polen notwendig sei. Tusk unterstreicht, dass er die gemeinsame Anwesenheit auf dem Gipfel als gutes Zeichen für die weitere Zusammenarbeit werte.
22.11.2007	Außenminister Radosław Sikorski spricht sich für die Erneuerung des Dialogs mit Russland aus. Dazu gehören auch Gespräche über die Pläne, Teile eines amerikanischen Raketenschutzschildes in Polen zu errichten.
23.11.2007	Ministerpräsident Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), und Waldemar Pawlak, Vorsitzender der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), unterschreiben den Koalitionsvertrag.
23.11.2007	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt in seinem dreistündigen Exposé vor dem Sejm an, dass der EU-Änderungsvertrag unterschrieben werde, aber nicht die Grundrechtecharta. Auf diese Weise werde er das Verhandlungsergebnis der Vorgängerregierung respektieren. Zwar sei die Grundrechtecharta keine Gefahr für Polen, aber eine andere Entscheidung würde die Ratifizierung des Vertrags erschweren. Außenpolitisch hätten die Beziehungen in der EU, insbesondere mit Frankreich und Deutschland, und zu den USA die größte Bedeutung sowie die Verbesserung der Beziehungen zu Russland. Bis Ende 2008 sei der Abzug der polnischen Truppen aus dem Irak vorgesehen.
24.11.2007	Der Sejm bestätigt die Regierung von Ministerpräsident Donald Tusk in einem Vertrauensvotum mit 238 Stimmen bei 204 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen (der ehemaligen Mitglieder des Kabinetts Kaczyński, Ex-Finanzministerin Zita Gilowska und Ex-Gesundheitsminister Zbigniew Religa).
26.11.2007	Im Rahmen einer Konferenz zur Energiesicherheit Polens in Krakau teilt Verteidigungsminister Bogdan Klich Journalisten mit, er rechne damit, dass die deutsche Regierung im Zuge der Erneuerung der polnisch-deutschen Beziehungen sensibler für die polnische Haltung zur Ostseepipeline werde. Als Transitland sei Polen an einer möglichst langen Rohrstrecke auf polnischem Gebiet interessiert. Deutschland solle im Namen der Solidarität in der Europäischen Union eine größere Offenheit für die polnischen Argumente als Transitland zeigen.
27.11.2007	Ministerpräsident Donald Tusk teilt mit, dass Polen keine Vorbehalte mehr gegen die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen zwischen Russland und der OECD habe. Im September hatte die damalige Außenministerin Anna Fotyga eine Etappe der vorbereitenden Verhandlungen mit Moskau blockiert. Politiker von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) reagieren empört, da Russland gegenüber Polen keinerlei Entgegenkommen in wichtigen Konflikten gezeigt habe. Darüber hinaus habe Tusk Staatspräsident Lech Kaczyński vorher nicht informiert.
28.11.2007	Regierungssprecher Ulrich Wilhelm bekräftigt den Wunsch der Bundesregierung, dass sich Polen und Tschechien an der Diskussion über die Art des Gedenkens an die Vertreibungen der Deutschen im Gefolge des Zweiten Weltkriegs beteiligen. Das Projekt des »sichtbaren Zeichens« sei nicht gegen eine andere Nation gerichtet und nicht der Versuch, die deutsche Geschichte neu zu schreiben. Polen begründet seine kritische Haltung nicht nur mit dem Engagement der CDU-Politikerin und Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, sondern auch mit einer – so polnische Kritiker – nicht ausreichenden Kontextualisierung des Vertreibungsgeschehens.
29.11.2007	Staatspräsident Lech Kaczyński ernennt die ehemalige Außenministerin Anna Fotyga zur neuen Leiterin der Präsidialkanzlei. Ihre Hauptaufgabe wird nach Vermutung von Beobachtern die Entwicklung alternativer außenpolitischer Akzente zur Außenpolitik der Regierung sein.
30.11.2007	Auf seiner ersten Auslandsreise als Ministerpräsident fährt Donald Tusk nach Wilna. Mit dem litauischen Ministerpräsidenten Gediminas Kirkilas und Staatspräsident Valdas Adamkus thematisiert er u.a. die Umsetzung der Energiebrücke zwischen Litauen und Polen und den Bau eines Atomkraftwerks in Ignalina, das den polnischen Energiemarkt mitversorgen soll.

30.11.2007	Der Kommissar für Energie der Europäischen Kommission, Andris Piebalgs, unterstreicht auf einer Pressekonferenz in Brüssel, dass der Bau der Energiebrücke zwischen Litauen und Polen Priorität für die Energiesicherheit und einen funktionierenden Energiemarkt in der EU habe. Die Europäische Kommission bestätigt den Arbeitsplan des Projektkoordinators für die polnisch-litauische Energiebrücke.
01.12.2007	Die Tageszeitung »Rzeczpospolita« meldet, der stellv. Ministerpräsident und Wirtschaftsminister, Waldemar Pawlak, habe in einem Interview mit der russischen Zeitung »Kommersant« bekräftigt, dass die polnische Regierung gemäß den Prinzipien der EU bei der Privatisierung der polnischen Energiegesellschaften keine Begrenzungen und Diskriminierungen plane. Die Oppositionspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) warnt die Regierung davor, russische Konzerne auf dem polnischen Energiemarkt zuzulassen. Der ehemalige Chef der Militärischen Spionageabwehr, Antoni Macierewicz, spricht von einer einseitigen Kapitulation und der Gefahr einer erneuten vollständigen Energieabhängigkeit von Russland.
03.12.2007	Die Sanitär-Epidemiologische Station der Woiwodschaft Danzig veröffentlicht eine Liste von Geschäften in denen mit dem Virus H5N1 infiziertes Fleisch verkauft worden ist. Die Gefahr, dass jemand durch den Verzehr infiziert werde, sei minimal.

## Lesehinweis



Das in Berlin und Danzig erscheinende zweisprachige »Deutsch-Polnische Magazin DIALOG« ist ein nichtkommerzielles Medienprojekt und wird von der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bundesverband e. V. herausgegeben, einer seit über zwanzig Jahren bestehenden Dachorganisation von über 50 auf der Ebene von Städten, Gemeinden und Ländern ak-

tiven Deutsch-Polnischen Gesellschaften. Das Magazin zählt mit einer Auflage von zur Zeit 8.000 Exemplaren – davon wird etwa die Hälfte im Abonnement bezogen – zu den größten und ältesten bilateralen Zeitschriften des gemeinnützigen Bereiches in Europa. Von 1987 bis 1998 wurde DIALOG von dem anerkannten polnischen Publizisten Adam Krzemiński und dem deutschen Journalisten Günter Filter geleitet. Nach 1998 übernahm den Posten des Chefredakteurs der deutsch-polnische Politikexperte und Publizist Basil Kerski.

Seit Mitte der neunziger Jahre ist die renommierte Danziger Zeitschrift »Przegląd Polityczny« offizieller polnischer Partner des DIALOG. »Przegląd Polityczny« zählt zu den herausragenden kulturellen und politisch-philosophischen Zeitschriften Polens. Gegründet wurde die Zeitschrift 1983 von den Danziger Historikern Donald Tusk und Wojciech Duda, die der Solidarność-Bewegung nahe standen.

DIALOG ist heute nicht nur eine Plattform für gesellschaftliche Initiativen, es bietet allen interessierten Bürgern Informationen und Analysen zur europäischen Integration sowie zu den Schlüsselthemen der deutsch-polnischen Beziehungen an. Die Redaktion versteht sich dabei als aktiver Vermittler, der zu einer qualitativen Verbesserung der Berichterstattung in Deutschland und Polen über den jeweiligen Nachbarn sowie über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen beiträgt.

Redaktionsanschrift: Deutsch-Polnisches Magazin DIALOG,  
Schillerstr. 59,  
10627 Berlin; Telefon: (030) 26 55 16 30, Fax: (030) 26 55 16 31  
E-Mail: [dpgbv@t-online.de](mailto:dpgbv@t-online.de)  
[www.dialogonline.org](http://www.dialogonline.org)  
[www.deutsch-polnische-gesellschaft.de](http://www.deutsch-polnische-gesellschaft.de)

Adresse der polnischen Partnerredaktion: »Przegląd Polityczny«,  
ul. Szeroka 121/122; 80-835 Gdańsk; tel./fax: (058) 301 93 36  
E-Mail: [dpmdialog@poczta.onet.pl](mailto:dpmdialog@poczta.onet.pl)  
[www.przegladpolityczny.pl](http://www.przegladpolityczny.pl)





## Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Die Herausgeber danken der BSH Bosch und Siemens Hausgeräte GmbH München und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für ihre Unterstützung sowie der Marga und Kurt Möllgaard-Stiftung im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft für die Anschubfinanzierung.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)

Für ein kostenloses Abonnement senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort PolenAnalysen in der Betreffzeile an [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de)

### Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusministerkonferenz der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, „die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt“ (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 50.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen unter der Leitung von Prof. Dr. Eichwede kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des „Zweiten Umlaufs“, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema „Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte“, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst.

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Dr. Stefan Garsztecki (Bremen), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2007 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.polen-analysen.de](http://www.polen-analysen.de)